



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

5. Entgegnung des Unterstaatssekretärs a. D. Dr. Zimmermann

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

zur Überzeugung fast der ganzen Welt geworden sei. Er weist hin auf die staunenswerte Propaganda, mit der die Gegner es verstanden, Deutschland durch Mischung von Wahrem und Falschem im Misskredit zu bringen, sich aber als die selbstlosen Verfechter aller grossen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen.

Bethmann bekennt sich wieder zu seinem Worte vom 4. August 1914 über Belgien, betont die Bedeutung der elsass-lothringischen Angelegenheit für das Urteil der Welt und meint, dass Deutschland durch Mängel seiner Politik und durch „Sünden seines allgemeinen Gebarens“, durch provokatorische Worte und „alldeutsche Treibereien“ zu der Hochspannung beigetragen habe, aus der schliesslich der Krieg entstanden sei.

Nr. 5

Entgegnung des Staatssekretärs a. D. Dr. Zimmermann

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 607

29. November 1918

Der frühere deutsche Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Zimmermann äussert sich zu einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt:

Wir sind in der Tat der Ansicht gewesen, dass mit der Bluttat von Serajewo für Österreich-Ungarn die Schicksalsstunde geschlagen hatte. Seine innere Lage hatte sich im Laufe der Jahre derartig verschlechtert, dass die Nachbarn im Süden und Osten bereits die Möglichkeit des völligen Zerfalls der Donaumonarchie ins Auge fassten und unverhüllt Gebietsansprüche erörterten. Die während des Krieges bekannt gewordenen serbischen Urkunden beweisen, dass Russland schon seit Jahren der serbischen Regierung den Erwerb österreichischer und ungarischer Gebietsteile zugesichert hatte. Österreich-Ungarn war durch die panslawistischen Treibereien in seiner Grossmachtstellung aufs äusserte gefährdet. Dass Deutschland gegenüber dieser Gefahr, die dem mitteleuropäischen Bunde drohte, nicht gleichgültig bleiben konnte, lag auf der Hand; das europäische Gleichgewicht hatte sich bekanntlich längst schon zu unseren Ungunsten verschoben, da wir mit einer aus drei mächtigen Staaten zusammengeschlossenen Gruppe zu rechnen hatten, die auf die Zurückdrängung des deutschen Einflusses aus war.

Dass Österreich-Ungarn sich gegen die grossserbischen Mächtschaften, die zur Bluttat in Serajewo geführt hatten, zur Wehr setzte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern lag auch im Interesse einer Gesundung der Verhältnisse in Europa. Dies und insbesondere die Niederhaltung der grossserbischen Propaganda suchte Österreich-Ungarn zu erreichen durch eine Neuordnung der Machtverhältnisse auf dem Balkan, die es durch Heranziehung Bulgariens an den Dreibund an Stelle des unsicher gewordenen Rumäniens herbeizuführen gedachte. Diese Gedanken und Ziele waren erörtert in einem Handschreiben Kaiser Franz Josephs ¹⁾ an Kaiser Wilhelm und einer damit verbundenen Denkschrift. ²⁾ Beide wurden am 5. Juli 1914 durch den österreichisch-ungarischen Botschafter dem Kaiser Wilhelm überreicht. Eine Abschrift der Schriftstücke wurde gleichzeitig durch den Überbringer, Grafen Hoyos, dem Auswärtigen Amt überreicht. Dies sind die Tatsachen, die zu der viel berufenen Legende von dem Kronrat in Potsdam Anlass gegeben haben.

Über die Antwort, die dem Grafen Szögyény erteilt wurde, gibt eine von mir entworfene telegraphische Instruktion des damaligen Herrn Reichskanzlers an den Botschafter von Tschirschky in Wien vom 6. Juli Aufschluss. ³⁾ Sie befindet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes und lautet meiner Erinnerung nach dahin:

Die Gefahren der panslawistischen Agitation würden auch in Deutschland nicht verkannt. Der Heranziehung Bulgariens an den Dreibund wurde mit gewissen Vorbehalten zugestimmt. Es wurden Bemühungen in Bukarest in Aussicht gestellt, um Rumänien bei dem Bündnis zu erhalten und von der gefährlichen serbischen Propaganda loszumachen; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgelehnt. Es wurde aber betont, dass Deutschland gemäss dem Bündnis und der alten Freundschaft treu zu Österreich-Ungarn stehen würde. ⁴⁾

Man wird danach wohl schwerlich, wie es der bayerische Stimmungsbericht darstellt, von einer Blankovollmacht sprechen können. Wir haben Österreich-Ungarn zu seinem Vorgehen gegen Serbien weder zugeredet noch angestachelt, uns vielmehr lediglich darauf beschränkt, ihm davon nicht abzuraten. Unsere Haltung erschien mit Rücksicht auf unsere Bündnispflicht und die weltpolitische Lage geboten, und ich bin der Überzeugung, dass die grosse Mehrzahl der heutigen Kritiker dieser Politik damals nach gewissenhafter Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse ebenso gehandelt haben würde wie die Reichsleitung.

Der Inhalt des Ultimatus an Serbien stand meines Wissens zu jener Zeit noch nicht fest, jedenfalls war er uns unbekannt. Dass

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 13.

²⁾ Vgl. Ebenda Nr. 14.

³⁾ Vgl. Ebenda Nr. 15.

⁴⁾ Vgl. Ebenda Nr. 15.

die in dem Bericht der bayerischen Gesandtschaft wiedergegebenen Forderungen von mir dem Herrn Berichterstatter mitgeteilt worden sind, bezweifle ich daher. Übrigens haben wir es, soweit mir erinnerlich, ausdrücklich abgelehnt, zu einer Formulierung der Forderungen an Serbien Stellung zu nehmen. Wie die Akten des Auswärtigen Amtes ergeben dürften, ist uns das von uns allseitig für zu scharf gehaltene österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien erst so spät von Wien mitgeteilt worden, dass uns eine Möglichkeit, auf seine Milderung hinzuwirken, nicht mehr gegeben war.

Wie sehr wir uns in der Folge bemüht haben, den Konflikt zwischen unserem Bundesgenossen und Serbien zu lokalisieren,¹⁾ ist allgemein bekannt. Unsere Bemühungen wären wohl auch erfolgreich gewesen, wenn England seinen grossen Einfluss auf Petersburg ebenso energisch geltend gemacht hätte, wie wir den unseren in Wien. Schliesslich hat dann die russische Gesamtmobilmachung, die von zum Kriege drängenden Gewaltpolitikern in Petersburg überstürzt wurde, unsere Bemühungen zum Scheitern gebracht.

Deutscherseits muss hiernach die Verantwortung für die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg abgelehnt werden. Die Veröffentlichung einseitiger Darstellungen ist nicht als geeignetes Mittel zur Aufklärung der Schuldfrage anzusehen. Ganz besonders gilt dies für die subjektiv gefärbten Stellen des bayerischen Berichts, dessen Verfasser doch nicht in die Vorgänge intim genug eingeweiht war, um ein objektiv zuverlässiges Bild der Dinge zu geben. Die historische Wahrheit wird erst dann festgelegt werden können, wenn einem Staatsgerichtshof oder noch besser einem internationalen Gerichtshof das einschlägige Material sämtlicher kriegführenden Mächte gewissenhaft unterbreitet wird. Die Untersuchung der Schuldfrage durch einen solchen unparteiischen Gerichtshof würde zweifellos allen jetzt unter schweren Verdächtigungen leidenden deutschen Staatsmännern nur erwünscht sein.

Nr 6

Die erschwerende Wirkung der Enthüllungen. Halbamtliche Mitteilung

Deutsche Allgemeine Zeitung
Nr. 605

Berlin, 28. November 1918

Die Ausschlichtung der bayerischen Enthüllungen über den Ursprung des Krieges durch die Entente-Prese hat begonnen. Schon machen sich englische Blätter daran, die Schuldfrage für gelöst zu

¹⁾ Vgl. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 142.